

Steigende Wohnkosten: Bürgergeld-Empfänger kämpfen um finanzielle Stabilität

Hunderttausende Bürgergeld-Empfänger zahlen bei Wohnkosten drauf. 1 von 9 Haushalten kämpft mit hohen Mietzuzahlungen.

Berlin (dpa) – Die Wohnkostenbelastung für Bürgergeld-Haushalte in Deutschland nimmt besorgniserregende Ausmaße an. Laut einer aktuellen Anfrage der Gruppe Die Linke im Bundestag mussten im vergangenen Jahr rund 320.000 Haushalte, die Bürgergeld beziehen, zusätzlich Geld für Miet- und Heizkosten aufbringen. Dies entspricht nahezu jedem neunten Haushalt dieser Leistungsgruppe, was erhebliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der betroffenen Personen hat.

Ungleichheiten im Wohnungsmarkt

Die Situation variiert stark je nach Region. Besonders betroffen sind Bürgergeld-Empfänger in Großstädten wie Berlin, wo die monatlichen Zuzahlungen mit durchschnittlich fast 160 Euro besonders hoch sind. In Rheinland-Pfalz sind mit 17 Prozent die meisten Haushalte betroffen, während in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Zuzahlungen eher selten sind, da dort insgesamt günstigere Mietpreise vorherrschen.

Inakzeptable Mietgrenzen und soziale Ungerechtigkeit

Sozialverbände machen die gesetzlichen Mietgrenzen verantwortlich für die untragbare Situation. Diese Grenzen entsprechen häufig nicht den realen Marktbedingungen. Caren Lay, Abgeordnete der Linken, äußerte, dass in vielen Städten eine bezahlbare Wohnung kaum zu finden sei und die Betroffenen gezwungen sind, erhebliche Zuzahlungen zu leisten. Diese finanziellen Belastungen schmälern ihr verfügbares Einkommen für essentielle Dinge wie Lebensmittel und Bildung.

Ein belastender Alltag für viele Familien

Ein alarmierender Punkt ist die Lage der Haushalte mit Kindern, die im Durchschnitt monatlich rund 124 Euro zusätzlich aufbringen müssen. Heidi Reichinnek, ebenfalls Abgeordnete der Linken, kritisierte, dass vor allem Langzeitbezieher untereinander im Stich gelassen werden. Sie müssen den Differenzbetrag, der nicht durch das Bürgergeld abgedeckt wird, aus ihren ohnehin bereits eingeschränkten Mitteln bestreiten, die normalerweise für Grundbedürfnisse wie Ernährung und Kleidung vorgesehen sind.

Dringender Handlungsbedarf

Die Einführung einer Karenzzeit für neue Bürgergeld-Empfänger, in der die Miete voll übernommen wird, hat die Wohnkostenlücke für Langzeit-Bezieher nicht geschlossen. Angesichts dieser Ungleichheiten gibt es immer wieder Forderungen nach einer Anpassung der Mietobergrenzen, um sicherzustellen, dass die Betroffenen sich eine angemessene Wohnung leisten können. Viele politischen Akteure plädieren dafür, die Reglungsmechanismen zu überdenken, um den Betroffenen zu helfen und bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten entgegenzuwirken.

Das Problem der steigenden Wohnkosten ist nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern betrifft das Grundrecht auf angemessenen Wohnraum. Um die Lebensqualität der Bürgergeld-Empfänger zu verbessern, ist ein Umdenken in der

Sozialpolitik dringend notwendig.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de